

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
25. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 17.10.2017 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:15

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann

Stv. Nadine Bartz-Jetzki

Stv. Dr. Edwin Bölke

Stv. Vincent Endereß

Stv. Harald Giebels

ab TOP 14. / 14.1

Stv. Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Jens Lemke

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Folke Schmelcher

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jörg Dürr

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Julia Klaus

ab TOP 14. / 14.1

Stv. Marion Klaus

Stv. Ulrich Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Alfred Leske

Stv. Jens Niklaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Achim Metzger

Stv. Peter Schniewind

Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

AM Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler
Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Doris Abel
StORR Michael Rennert
StOVR Gerhard Titzer
Frau Sonja Kunders
VA Wolfgang Voos
StA Kerstin Winkelmann
Herr Peter Fels
StA Anja Herold

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Kregel

Gäste

Herr Udo Vierdag

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 25. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt zunächst Herrn Stv. Andreas Rehm als neuen Fraktionsvorsitzenden der GAL-Fraktion sowie Herrn Jörg-Uwe Pieper als neues Mitglied des Rates der Stadt Haan.

Zur Tagesordnung schlägt sie vor, TOP 14. und 14.1 gleich zu Beginn nach TOP 1 „Fragerecht für Einwohner“ zu beraten, da an diesem Thema ein großes öffentliches Interesse bestehe.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

14./ Lärmaktionsplanung der Stadt Haan, Stufe 2 hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen Beschluss des Lärmaktionsplans Vorlage: 61/191/2017

Beschluss:

TOP 14 und 14.1 wurden zusammen beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter **TOP 14.1** aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

TOP 14 und 14.1 wurden zusammen beraten und beschlossen. Das Abstimmungsergebnis ist daher unter **TOP 14.1** aufgeführt.

14. Lärmaktionsplanung der Stadt Haan, Stufe 2

1./ hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen Beschluss des Lärmaktionsplans

Vorlage: 61/191/2017/1

Protokoll:

Stv. Lukat weist darauf hin, dass es beim Lärmaktionsplan um die Umsetzung von EU-Richtlinien in Bezug auf Lärmschutz gehe. Diese müssten von der Stadt eingehalten und umgesetzt werden.

Stv. Ruppert bezweifelt, dass eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h auf 30 km/h eine sinnvolle Maßnahme im Sinne des Lärmschutzes sei. Schließlich seien die Fahrzeuge dann länger auf der Strecke. Desweiteren gibt er zu bedenken, dass eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auch Auswirkungen auf den ÖPNV habe. Dies dürfe bei den Überlegungen nicht vergessen werden.

Stv. Rehm gibt zu, dass die Maßnahme der Geschwindigkeitsreduzierung nicht das Maß aller Dinge sei und es durchaus effektivere Maßnahmen, wie z.B. Elektroautos, etc., gäbe. Die praktische und sinnvolle Umsetzung solcher Maßnahmen sei jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unrealistisch, weshalb die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auch tagsüber das derzeitige Mittel der Wahl darstelle.

Techn. Bgo. Alparslan verweist auf die aktuelle Gesetzeslage. Eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h sei nur in Teilbereichen, beispielsweise in einem 300-Meter-Radius um Schulen oder Altenheimen, möglich.

Stv. Stracke verweist auf die vorherige Wortmeldung des Stv. Ruppert. Es sei nicht Aufgabe des Rates über den Fahrplan des ÖPNV abzustimmen. Vielmehr sei es die Aufgabe der Stadt, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Lärmschutz zu wahren und deren Gesundheit nicht zu gefährden.

Stv. Giebels erinnert an die, in der Diskussion im HFA genannten, tödlichen Unfälle, welche vor kurzem auf der B228 passiert seien. Es würde der Eindruck erweckt, diese seien lediglich auf erhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen, dem sei nicht so. Eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit halte er in den Nachtstunden für sinnvoll, tagsüber sei dies jedoch nicht der Fall. Er gibt auch zu bedenken, dass die Maßnahme durchaus auch Auswirkungen auf die anderen Verkehrsachsen in Haan hätte, da die Gefahr bestünde, dass sich der Verkehr dort hin verlagere.

Stv. Greeff weist darauf hin, dass Tempo 30 nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile mit sich bringe. Ein erhöhtes Staurisiko und ein Anstieg der Stickoxidbelastung seien die Folgen. Auch lägen Studien vor, welche aufzeigen, dass sich Lärm weniger auf die Gesundheit auswirken würde als bisher angenommen. Demnach sei eine Reduzierung der Lärmbelastung auch erst ab 3 dBA wahrnehmbar, der Effekt der Geschwindigkeitsreduzierung sei somit für die Anwohner kaum bis gar nicht spürbar.

Stv. Lukat erinnert an den einstimmig gefassten Beschluss in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 16.02.2016 bezüglich des Entwurfes des Lärmaktionsplanes II. Sie erinnert auch daran, dass es hier nicht darum gehe, die Geschwindigkeitsreduzierung letztendlich zu beschließen, sondern um die Aufstellung eines Maßnahmenkataloges, welcher die Wunschmaßnahmen der Stadt enthalte.

Stv. Abel regt aufgrund der bisher geführten Diskussion an, der Verwaltung einen Prüfauftrag in Bezug auf die rechtlichen Möglichkeiten zur Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit zu erteilen.

Stv. Giebels schlägt vor, diesen Prüfauftrag auch auf weitere Straßen auszudehnen.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht die Sitzung, um den Mitgliedern des Rates die Gelegenheit zu geben sich bezüglich des Vorschlages des Stv. Abel interfraktionell auszutauschen und den Prüfauftrag an die Verwaltung zu formulieren.

Die Sitzung wird von 18:15 – 18:30 Uhr unterbrochen.

Stv. Wetterau trägt im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung den formulierten Antrag vor.

Antrag der CDU-Fraktion und Stv. Abel

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h auf 30 km/h auf folgenden Straßen in Gänze oder in Teilbereichen, gantztägig angeordnet werden kann:

1. B228 vom „Am Schlagbaum“ bis zur „Kampstraße“
2. Hochdahler Straße
3. Ohligser Straße
4. K16 vom Ortseingang bis zum Kreisverkehr „Nordstraße“, „Alleestraße“, „B228“

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Bgm'in Dr. Warnecke lässt anschließend über den bereits bestehenden, mündlichen Antrag der WLH-Fraktion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2017 abstimmen.

Mündlicher Antrag der WLH-Fraktion aus der Sitzung des HFA am 10.10.2017

Die Maßnahme „KM2: Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten von 50 auf 30 km/h in der Zeit von **06:00 – 22:00 Uhr**“ wird unter Organisatorische Maßnahmen für den Bereich 1: B 228 (Düsseldorfer Straße – Bahnhofstraße – Kaiserstraße – Alleestraße – Elberfelder Straße) auf Seite 30 des Entwurfes des Lärmaktionsplanes Stufe II wieder aufgenommen.

Abstimmungsergebnis

mit Stimmengleichheit abgelehnt
19 Ja / 19 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss gem. Vorlage:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Lärmaktionsplan, Stufe 2, gem. § 47d BImSchG in der Fassung vom 06.10.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

2./ Einbringung Haushaltsplanentwurf 2018 **Vorlage: 20/065/2017**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet diesen Tagesordnungspunkt und hält ihre Rede zur Einbringung des Haushaltplanentwurfes der Stadt Haan 2018. (*Anlage 1 der Niederschrift*)

Anschließend hält auch die **1. Bgo Formella** ihre Rede zur Einbringung des Haushaltplanentwurfes der Stadt Haan 2018. (*Anlage 2 und 3 der Niederschrift*) Sie bedankt sich abschließend bei StOVR Abel und StA Herold für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit seinen Anlagen wird zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2.1. Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2018

/ Vorlage: 10/135/2017

Beschluss:

Der Stellenplan wird zusammen mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit seinen Anlagen zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2016

Vorlage: 20/062/2017

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt den anwesenden Vorsitzenden des Vorstandes der Stadt-Sparkasse Haan, Herrn Udo Vierdag. Sie erinnert an die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2017 und den darin eingebrachten Antrag der SPD- und GAL-Fraktion.

Stv. Rehm erläutert, dass es hier um das Interesse der Stadt gehe. Auch andere Betriebe würden Gewinne an die Stadt ausschütten wie beispielsweise die Stadtwerke. Weiterhin finde er es bedenklich, dass wenig Infos aus dem Verwaltungsrat an die Stadt gelangen, so dass eine hohe Transparenz nicht gewährleistet sei.

Stv. Stracke führt aus, dass dies als politisches Zeichen zu werten sei. Es gehe darum, dass auch die Stadt-Sparkasse sich am Haushalt der Stadt beteilige. Der ausgeschüttete Gewinn der Sparkasse sei zwar zweckgebunden und nur für soziale Zwecke einsetzbar, jedoch sei dies nur positiv zu sehen, da ohnehin dort oft das Geld für geeignete Maßnahmen fehle. Zwar sei auch die Stadt-Sparkasse sehr aktiv in diesem Bereich, eine wirkliche Kontrolle, wofür die Gelder letztendlich eingesetzt werden habe die Stadt hierüber jedoch nicht. Die SPD-Fraktion sehe auch das Wohl der Stadt-Sparkasse bei Ausschüttung der im Antrag der SPD und GAL veranschlagten 200.000,00 € nicht gefährdet.

Stv. Lukat verweist auf die Rücklagen, welche seitens der Stadt-Sparkasse bis 2020 zu bilden seien. Diese seien auch wichtig für die Kreditausschüttung an Privat- und Geschäftskunden der Stadt-Sparkasse. Sie führt aus, dass es auch darum gehe, die derzeitige Niedrigzinsphase zu nutzen. Sobald diese vorbei sei, stünde die WLH-Fraktion einer Diskussion über eine Gewinnausschüttung an die Stadt offen gegenüber.

Stv. Wetterau bittet darum, Herrn Vierdag die Möglichkeit zu geben eine Stellungnahme abzugeben.

Bgm'in Dr. Warnecke schließt für die Stellungnahme von Herrn Vierdag die öffentliche Sitzung, da die Informationen auf Bitte der Stadt-Sparkasse nicht öffentlich behandelt werden sollen.

Dieser Teil des Wortprotokolles ist im nichtöffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift aufgeführt.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den Antrag der SPD- und GAL-Fraktion abstimmen.

Beschlussantrag der SPD- und GAL-Fraktion:

Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2016 in Höhe von **456.245,43 €** verzichtet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der Bilanzgewinn in Höhe von **456.245,43 €** der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

16 Ja / 22 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 656.245,43 € verzichtet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der volle Bilanzgewinn in Höhe von 656.245,43 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
22 Ja / 4 Nein / 13 Enthaltungen

**4./ Neubesetzung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Haan
Vorlage: 10/132/2017**

Beschluss:

Als ordentliches Mitglied und zweite stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates der Stadt Sparkasse Haan wählt der Rat der Stadt Haan **Frau Elke Zerhusen-Elker**

Zum Stellvertreter von **Frau Zerhusen-Elker** wird Herr **Jörg-Uwe Pieper** gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**5./ Kreditrückzahlungen für Grunderwerb Technologiepark Haan | NRW, 2.
Bauabschnitt
Vorlage: 20/064/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Prognose zur Haushaltsentwicklung 2017 zum Stichtag 30.9.2017
Vorlage: 20/069/2017

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Strategiekonzept Straßenbaumaßnahmen / Ökonomische Fehler vermeiden
hier: Antrag der Fraktion WLH vom 31.03.2017
Vorlage: 66/048/2017

Beschluss:

Es wird kein Beschlussvorschlag gefasst, da dieser Punkt Teil der Haushaltsplanberatungen der nächsten Fachausschusssitzungen werden soll.

Ein Beschluss wird daher erst nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfes gefasst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8./ Zukünftige Nutzung des städtischen Waldfriedhofes; Schließung von Teilflächen/ Grabfeldern
Vorlage: 60/027/2017

Beschluss:

TOP 8 und 8.1 wurden zusammen beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter **TOP 8.1** aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

TOP 8 und 8.1 wurden zusammen beraten und beschlossen. Das Abstimmungsergebnis ist daher unter **TOP 8.1** aufgeführt.

**8.1. Zukünftige Nutzung des städtischen Waldfriedhofes; Schließung von
/ Teilflächen/ Grabfeldern - Ergänzungsvorlage
Vorlage: 60/027/2017/1**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt:

1. Die Grabfelder AX, E1-E3, E5, EA3-7, R und X werden zum 31.12.2017 geschlossen.
2. In den Grabfeldern E, F3, FA7-FA12, FB1, FB2, FB5-FB7, U3-U5 und WZ gibt es einen Wiederbelegungsstopp (kein Neuerwerb von Nutzungsrechten an Wahlgräbern).
3. ***In den Grabfeldern H-J gibt es einen Wiederbelegungsstopp (kein Neuerwerb von Nutzungsrechten an Wahlgräbern). An vorhandenen Bäumen werden Baumbestattungen ab sofort ermöglicht. Bei zusammenhängenden freien Flächen werden Jungbäume mit dem Ziel weiterer Baumbestattungen gepflanzt.***
4. Das Grabfeldes L wird hergerichtet und als Aschestreufeld genutzt.
5. Im Grabfeld SR wird zusätzlich die Bestattungsart Urnenrasenfamiliengräber als Wahlgrab angeboten.
6. Im Grabfeld EB1 wird zusätzlich die Bestattungsart Urnenwahlgräber angeboten.
7. Die zusätzlichen Bestattungsarten Waldbestattungen und Urnenwände/ Urnenstelen werden derzeit nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**9./ Regionalplan Düsseldorf (RPD) - 3. Beteiligungsverfahren
Vorlage: 61/187/2017**

Beschluss:

Der Stellungnahme zum 3. Entwurf des Regionalplans wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10./ Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 190 "Bahnhofstraße, östlich Heidstraße"**hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung, § 3 (2) BauGB****Beschluss einer Veränderungssperre, § 14 BauGB****Vorlage: 61/180/2017**

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 190 „Bahnhofstraße, östlich Heidstraße“ und der Begründung in der Fassung vom 03.07.2017 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-Mitte / -Süd. Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt im Norden durch die Bahnhofsstraße (B 228) zwischen der Bebauung Bahnhofstraße 38-58 und erstreckt sich in einer Tiefe von ca. 50m parallel zur Bahnhofstraße. Im Osten bildet die westliche Grundstücksgrenze der Bebauung Bahnhofstraße Nr. 60, im Südwesten die nördliche Grenze der Parzelle Nr. 111, Flur 25, Gemarkung Haan und im Westen die Ostseite der Heidstraße die Plangebietsgrenze. Die genaue Darstellung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 190 „Bahnhofstraße, östlich Heidstraße“ mit der Begründung jeweils in der Fassung vom 03.07.2017 ist gemäß § 3 (2) i.V.m. § 13 BauGB öffentlich auszulegen.

3. Die Veränderungssperre Nr. 23 für das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 190 „Bahnhofstraße, östlich Heidstraße“ wird beschlossen.

Das Gebiet der Veränderungssperre Nr. 23 befindet sich in Haan-Mitte / -Süd. Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt im Norden durch die Bahnhofsstraße (B 228) zwischen der Bebauung Bahnhofstraße 38-58 und erstreckt sich in einer Tiefe von ca. 50m parallel zur Bahnhofstraße. Im Osten bildet die westliche Grundstücksgrenze der Bebauung Bahnhofstraße Nr. 60, im Südwesten die nördliche Grenze der Parzelle Nr. 111, Flur 25, Gemarkung Haan und im Westen die Ostseite der Heidstraße die Plangebietsgrenze. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die zeichnerische Darstellung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11./ Bebauungsplan Nr. 187 "Östliche Friedrichstraße"
hier: Beschluss einer Veränderungssperre, § 16 BauGB
Vorlage: 61/200/2017

Beschluss:

Die Veränderungssperre Nr. 24 für den zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 187 „Östliche Friedrichstraße“ wird entsprechend der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage gemäß § 16 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Veränderungssperre Nr. 24 befindet sich in Haan-Mitte (Gemarkung Haan, Flur 16). Es umfasst die Grundstücke entlang der Ostseite der Friedrichstraße zwischen der Einmündung der Friedhofstraße im Norden und der Einmündung der Straße Alter Kirchplatz im Süden. Die genaue Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die zeichnerische Darstellung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12./ Bebauungsplan Nr. 107 "Horst"
hier: Beschluss einer Veränderungssperre, § 16 BauGB
Vorlage: 61/201/2017

Protokoll:

Stv. Drennhaus äußert seine Verwunderung, weshalb der Bebauungsplan ohne abgestufte Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung Umwelt und Verkehr (SUVA) und Haupt und Finanzausschuss (HFA), direkt dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Techn. Bgo. Alparslan erklärt, dass dieser bei Erstellung der Vorlagen für den SUVA übersehen worden sei. Das Thema sei jedoch kein neues, da auch bereits ältere Beschlüsse diesbezüglich gefasst worden sein. Die direkte Vorlage ohne Beratung im Fachausschuss sei daher, aus Sicht der Verwaltung, vertretbar.

Beschluss:

Die Veränderungssperre Nr. 25 für den zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 107 „Horst“ wird entsprechend der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage gemäß § 16 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Veränderungssperre Nr. 25 wird umgrenzt von

- der Kölner Straße/Bahnhofstraße im Norden
- der Breidenhofer Straße im Osten
- der Thienhausener Straße im Süden
- den Flurstücken Gemarkung Haan, Flur 24, Nr. 488, Flur 25, Nrn. 392, 393, 470, 483 im Westen.

Die genaue Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die zeichnerische Darstellung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**13./ Vorhabenbezogener Bebauungsplan 1220V – Factory-Outlet-Center / Kleeblatt und 101. Änd. des FNP der Stadt Wuppertal
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB und Abstimmung mit den Nachbarkommunen gem. § 2 (2) BauGB
hier: Stellungnahme der Stadt Haan
Vorlage: 61/196/2017**

Beschluss:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 1220V – Factory Outlet Center / Kleeblatt und zur 101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wuppertal wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**15./ Gestaltungsfibel "Ortstypische Bebauung Haan"
Vorlage: 61/181/2017**

Beschluss:

Die Gestaltungsfibel „Ortstypische Bebauung Haan“ in der Fassung vom 10.01.2017 wird als Leitfaden zur Pflege und behutsamen Weiterentwicklung des ortstypischen Charakters der Haaner Innenstadt beschlossen. Sie ist Grundlage für die Neuaufstellung einer Gestaltungssatzung für die Gartenstadt Haan.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**16./ Änderung der Sondernutzungssatzung
Vorlage: 32-2/056/2017**

Beschluss:

Die Änderungssatzung wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**17./ Wiederbesetzung der Stelle 23/17 (Leitung der Stabsstelle
Wirtschaftsförderung/Tourismus und Kultur) als Ausnahme zum
Wiederbesetzungsstopp
Vorlage: 10/122/2017**

Protokoll:

Stv. Stracke erkundigt sich, ob die Verwaltung zunächst nur intern oder aufgrund dieses Beschlusses bereits jetzt auch extern ausschreibe.

StOVR Titzer verweist auf den § 8 der Hauptsatzung der Stadt Haan, dass die Verwaltung die Entscheidung über die Einstellung von Bediensteten in Führungspositionen zusammen mit dem Rat treffe. Hier möchte die Verwaltung dem Rat eine geeignete Bewerberin oder einen geeigneten Bewerber im Sinne der Bestenauslese vorstellen können, daher werde sowohl intern als auch extern ausgeschrieben.

Beschluss:

Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 23/17 (Stellenanteil 1,0; EG 12) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**18./ Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Unternehmens EAP-Assist
Vorlage: 10/123/2017**

Beschluss:

Der Rat stellt die Mittel für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Unternehmens EAP-Assist ab dem Haushaltsjahr 2018 bereit.
Ein Beschluss über die Inanspruchnahme der Leistungen soll im Rahmen der Haushaltsberatungen im Rat gefasst werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**19./ Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Produkt 110210
(Unterhaltung Abwasseranlage, Kanalkolonne)
Vorlage: 10/126/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**20./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung
Vergabestelle (Amt 60)
Vorlage: 10/127/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**21./ Einrichtung einer Stelle „Baumkontrolle und Überwachung der
Straßenaufbrüche“ im Stellenplan 2018
Vorlage: 10/128/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**22./ Haushalt / Stellenplan 2018
Einrichtung einer Stelle im Pflegekinderdienst in Vollzeit, EG S 14
Vorlage: 10/130/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich

**23./ Haushalt / Stellenplan 2018
Einrichtung einer weiteren Stelle in der städtischen
Kindertageseinrichtung in Vollzeit
Vorlage: 10/131/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**24./ Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle (20Std)
Aufgabengebiet OGS – Steuerung, Controlling, Verwaltung
Vorlage: 10/133/2017**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist zwecks weiterer Beratung an den Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

25./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat nimmt die vorgelegten Anträge auf Neubesetzung von Ausschüssen zur Kenntnis und stimmt diesen zu.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

26./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erinnert auf die vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2017 und verweist auf die ebenfalls vorliegende Antwort der Verwaltung.

Stv. Endereß erkundigt sich, ob es möglich sei die Tagesordnung der Sitzung des Sozialausschusses vom 25.10.2017 mit der Tagesordnung des 23.11.2017 zu einer Sitzung zusammen zu legen.

Stv. Stracke als Vorsitzender des Sozialausschusses verweist auf die Problematik der Terminfindung. Auch vor dem Hintergrund der stattfindenden Sondersitzung des SUVA / WLSTA sehe er keinen Grund beide Sitzungen zusammen zu legen.

Stv. Kaimer erläutert, dass es aufgrund der Ampelschaltung an der Flurstr. / Hochdahler Str. aus Richtung Autobahn kommend, regelmäßig zu Staubbildung kommt. Er erkundigt sich, ob dies der Verwaltung bereits bekannt sei und ob etwas diesbezüglich unternommen werde.

Techn. Bgo. Alparslan erklärt, dass dies der Verwaltung bisher nicht bekannt sei. Die Verwaltung werde dies jedoch prüfen und ggf. entsprechende Maßnahmen einleiten.

27./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.